

Protokoll der öffentlichen Podiumsdiskussion  
vom 8. August 2002 zum Thema  
**„Chip, Chip, hurra –  
Geistes- und Kulturwissenschaften im Abseits?“**  
des Wissenschaftsforums Saar e.V. und der  
Saarländischen Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.

**Teilnehmer:**

**Staatsminister Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin**  
Bevollmächtigter der Bundesregierung für die Angelegenheiten der Kultur  
und der Medien

**Dr. Hanspeter Georgi**  
Wirtschaftsminister des Saarlandes

**Prof. Dr. Margret Wintermantel**  
Präsidentin der Universität des Saarlandes und Vizepräsidentin der  
Hochschulrektorenkonferenz, und

**Prof. Dr. Jörg Schönert**  
Professor für Neue Deutsche Literatur an der Universität Hamburg.

**Leitung:**

**Dr. Christian Schlüter**  
Frankfurter Rundschau

**Ort:** Saarland Museum

**Beginn:** 18:00 Uhr

**Ende:** 20:00 Uhr

Dr. Kurt Bohr, als Vorsitzender der Saarländischen Kulturpolitischen Gesellschaft und Dr. Rüdiger Pernice, als Generalsekretär des Wissenschaftsforum Saar, begrüßen die Teilnehmer der öffentlichen Podiumsdiskussion zum Thema „Chip, Chip, hurra! Geistes- und Kulturwissenschaften im Abseits?“. Sie danken den ca. 200 anwesenden - Zuhörerinnen und Zuhörern für ihr Interesse an der Thematik und an dieser Veranstaltung.

Nach einer Vorstellung der Teilnehmer und einer kurzen Anmoderation durch Dr. Schlüter referiert Staatsminister Nida-Rümelin einleitend über die Thematik der Podiumsdiskussion. Dabei stellt er folgende Thesen auf:

- Die Auseinandersetzung mit Inhalten und Verfahren der Geistes- und Kulturwissenschaften bedeutet eine grundsätzliche Qualifikation für Studierende, die in anderen fachwissenschaftlichen Disziplinen in dieser Form nicht geleistet wird oder nicht geleistet werden kann. Hierbei geht es in besonderer Weise um Methoden- und Verfahrenskompetenzen, die im Studienverlauf exemplarisch an ausgewählten Beispielen einer Geistes- oder Kulturwissenschaft vermittelt werden.
- Geistes- und Kulturwissenschaften übernehmen an den Hochschulen eine Mehrfachfunktion: Einerseits bieten sie den Studierenden die Möglichkeit, Ihr Interessen breit gefächert zu prüfen und ihren individuellen Weg zu finden, andererseits ermöglichen

sie etwa im Nebenfachstudium den Transfer spezifischer Kompetenzen der Geistes- und Kulturwissenschaften wie Leseverständnis, Rhetorik oder Kommunikation in andere Studiengänge. Beide Optionen wurden bis dato durch empirische Erhebungen verschiedener Hochschulen und Auftragsstudien bereits hinreichend oft bestätigt.

- Die Verteilung der finanziellen und personellen Ressourcen zwischen den Geistes- und Kulturwissenschaften einerseits und Wissenschaftsdisziplinen wie der Informatik oder den Naturwissenschaften andererseits ist ungleich und wird dies absehbar auch bleiben. Immer wieder aufflackernde Begehrlichkeiten nach den Ressourcen der Geistes- und Kulturwissenschaften sind daher weder begründet noch nachvollziehbar, insbesondere wenn man sieht, mit welcher geringen Mitteln diese wissenschaftlich tätig sind.
- Menschliche Neugierde und der Drang nach Erkenntnis legitimierten über zwei Jahrtausende in allen Kulturen die Existenz der Wissenschaft und ihre umfassenden, sicherlich unterschiedlich zu bewertende Bemühungen in Lehre und Forschung. Neugierde und Erkenntnisgewinn sind die Basis für Wissenschaft und nicht der Transfer von Technologien, wenngleich dieser in den zurückliegenden Jahren immer bedeutender werdende Aspekt eine ergänzende, zukunftsgerichtete Aufgabe und neue Herausforderung für die Hochschulen und Universitäten darstellen wird.
- Geistes- und Kulturwissenschaften beinhalten die zentrale Aufgabe der Wissenschaft, die gesellschaftlichen Entwicklungen moralisch zu reflektieren und kritisch zu begleiten. Diese Aufgabe ist in einer Zeit dynamischer und globaler Entwicklungen, wie sie aktuell etwa durch die neuen Medien und deren Potenziale möglich sind, dringlicher denn je und muss gewährleistet werden.
- Die Geistes- und Kulturwissenschaften umfassen in der Ausbildung der Studierenden auch die Vermittlung der vielfach von Politik, Wirtschaft und Industrie geforderten Soft skills. Hierzu zählen u.a. die Schulung der Logik, der freien Rede oder des Textverständnisses. Weiterhin sind die Geistes- und Kulturwissenschaften die Wissenschaftsdisziplinen, die der immer wieder geforderten Einheit von Lehre und Forschung wohl am nächsten kommen.
- Letztlich ist wider aller Prognosen und Vorhersagen die Nachfrage nach Studienangeboten und Studienabschlüssen in den Geistes- und Kulturwissenschaften ungebrochen. Es zeichnete sich in den zurückliegenden Jahren sogar eine zunehmende Nachfrage nach Erkenntnissen und Verfahren dieser Wissenschaftsdisziplinen ab.

Dr. Schlüter dankt Staatsminister Nida-Rümelin für sein Einführungsstatement und eröffnet die Podiumsdiskussion. Er bittet zunächst den Wirtschaftsminister des Saarlandes Georgi um einen einleitenden Diskussionsbeitrag aus der Perspektive der Landesregierung:

- Der Minister hebt einleitend hervor, dass es in der Sache und im Anliegen der Geistes- und Kulturwissenschaften keinen Dissens gebe. Aus der Perspektive der Landesregierung stellt sich jedoch die Frage, wie viel Geistes- und Kulturwissenschaft kann sich ein Land und eine Universität, wie die des Saarlandes, heute und in der Zukunft nicht zuletzt unter ökonomischen Gesichtspunkten leisten?
- Universitäten und Hochschulen sind umfassende Bildungseinrichtungen geworden, die heute nur noch bedingt, wenn überhaupt, dem Humboldt'schen Vorbild entsprechen. Dieser, u.a. inhaltlichen wie auch strukturellen Änderungen muss stärker als bisher Rechnung getragen werden.
- Letztlich ist eine stärkere Verzahnung der Studieninhalte zwischen bspw. den Ingenieur- und Naturwissenschaften einerseits und den Geistes- und Kulturwissenschaften andererseits zu fordern und zu fördern. So werden bspw. auf dem Arbeitsmarkt solche Ingenieure gesucht, die eine breite, generalistisch angelegte Bildung haben und nicht nur ihr spezifisches Fachwissen einbringen können. Und hierzu zählt auch die Bildung in geistes- und kulturwissenschaftlichen Fragen.

Die Äußerungen von Wirtschaftsministers Georgi werden von Staatsminister Nida-Rümelin wie folgt kommentiert:

- Bedarfsprognosen für den Arbeitsmarkt, sowohl was die Quantität, als auch was die Qualifizierungsprofile der Arbeitnehmer angeht, haben sich in den zurückliegenden Jahrzehnten mit wenigen Ausnahmen als wenig verlässlich herausgestellt. Es ist daher fragwürdig, ob ein derart artikulierter Bedarf an Ingenieuren de facto existiert.
- Weiterhin muss konkretisiert und spezifiziert werden, welche Ausbildungsinhalte und -anteile man etwa in den Ingenieur- und Naturwissenschaften erwartet. Dieser Schritt würde jedoch bedeuten, dass man bereits heute prognostizieren kann, welche differnten Qualifizierungsprofile auf dem Arbeitsmarkt von morgen erwartet werden. Insgesamt scheint dies eine wenig durchdachte Forderung der Arbeitgeber.

Prof. Schönert ergänzt die Anmerkungen des Staatsministers:

- Ein Studium der Geistes- und Kulturwissenschaften ist mit einem Studium etwa der Ingenieur- und Naturwissenschaften oder der Informatik nicht zu vergleichen.
- Studierende der Geisteswissenschaften sind in ihrem Studienverlauf aufgefordert, sich aktiv um eine Orientierung für ihren beruflichen Weg zu bemühen. Hier liegt der Schwerpunkt stärker bei einer Verlaufs- und Prozessorientierung. Studierende anderer Wissenschaftsdisziplinen hingegen verfolgen eine überwiegende resultative Orientierung.
- Gleichwohl zeigen empirische Studien verschiedener Hochschulen und Einrichtungen eindrucksvoll, dass Geistes- und Kulturwissenschaftler sich mehrheitlich aus eigenem Antrieb erfolgreich und nachhaltig im Arbeitsmarkt positionieren können.

Dr. Schlüter bittet hiernach die Universitätspräsidentin Wintermantel um ihr Statement:

- Die Bemühungen der Geistes- und Kulturwissenschaften in Forschung und Lehre sind für die Hochschulentwicklung stets in Ergänzung zu den erkenntniswissenschaftlichen Zugängen der Ingenieur- und Naturwissenschaften zu sehen und zu diskutieren. Es gilt auch in Zukunft, die bestehenden Unterschiede und Zugänge nicht nur zu erhalten, sondern sogar noch zu stärken.
- Das bestehende Spektrum der Geistes- und Kulturwissenschaften im Verbund mit Wissenschaftsdisziplinen technischer und naturwissenschaftlicher Fakultäten wird auch in Zukunft an der Universität des Saarlandes aufrechterhalten. Einzelne Disziplinen, wie etwa die Computerlinguistik, werden in naher Zukunft sogar an noch größerer Bedeutung gewinnen.
- Daher plädiert die Präsidentin der Universität des Saarlandes für die wechselseitige Ergänzung von Geistes- und Kulturwissenschaften und der Informatik, den Ingenieur- und Naturwissenschaften mit allen hieraus entstehenden, hochschulpolitischen Konsequenzen.

Im Anschluss ergänzt Wirtschaftsminister Georgi die Ausführungen der Universitätspräsidentin:

- Aus der Perspektive des Arbeitsmarktes muss eine verstärkte Ausbildung der Hochschulabsolventen im Bereich der Soft skills wie Kommunikation, soziale oder Sprachkompetenz erfolgen.
- Hier ist jedoch ein Konflikt mit den Hochschulen aufgrund divergierender Normen zu erwarten: Wissenschaft bemüht sich um Erkenntnisgewinn und Wahrheit, wohingegen das alleinige Kriterium für die Bewertung wirtschaftlicher Tätigkeit die Wirksamkeit und Effektivität ist, die zumeist in quantifizierbaren Größen gemessen wird.
- Hochschulen und Universitäten werden sich aufgrund der Erfordernisse des Arbeitsmarktes zukünftig nicht alleine der Wahrheitssuche verschreiben dürfen, sondern müssen sich ebenso der Wirksamkeitsprüfung unterziehen.

Prof. Schönert erwidert die Darstellung des Wirtschaftsministers:

- Absolventen der Geistes- und Kulturwissenschaften sind keine Kommunikationstechniker mit Auslandserfahrung. Vielmehr verfügen diese über ein Grundgerüst solcher

Verfahrens- und Methodenkompetenz, die weit über die geforderten Soft skills hinausgehen und sich deutlich von diesen unterscheiden.

- Dies ist zweifelsohne eine Form von Wirksamkeit, die durch den Vertreter der Landesregierung eingefordert wird und die für die Gesellschaft und ihre zukünftige Entwicklung erforderlich ist.

Universitätspräsidentin Wintermantel äußert sich hiernach nochmals zu dem Aspekt der Wirksamkeit:

- Die formulierte Trennung zwischen Wirksamkeit und Wahrheit i.S. des wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns ist dichotom und wird der Sache kaum gerecht. Es muss hinterfragt werden, ob die formulierte Polarisierung von Wirksamkeit und Wahrheit de facto die Geistes- und Kulturwissenschaften von den Natur- und Ingenieurwissenschaften unterscheidet, oder ob es sich hierbei nicht nur um eine artifizielle Differenzierung handelt.
- Die Umsetzung von Erkenntnissen unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen in Handlungs- und Interventionsempfehlungen ist notwendig und auch zukünftig erforderlich, ist aber nicht die primäre Aufgabe einer Universität. Dennoch ist Technologietransfer eine der Herausforderungen, denen sich auch die Universität des Saarlandes in naher Zukunft stärker als bisher annehmen muss.
- Mit Blick auf die Ausbildung der Studierenden soll nochmals festgehalten werden, dass methodisches Wissen, Handlungskompetenz, Orientierungswissen, Wissen um Verfahren und Prozesse relevante Felder sind, die im Studium vermittelt werden müssen.

Auf Nachfrage erläutert die Präsidentin, dass Orientierungswissen als solches Wissen zu verstehen ist, das in der alltäglichen Praxis von Relevanz ist und was sich durch dieses Merkmal von wissenschaftlichem Wissen abgrenzt, welches diese Eigenschaft i.d.R. nicht aufweist. Sie ergänzt, dass die verstärkte Einbindung von Orientierungswissen in das grundlegende Studium auch im Leitbild der Universität des Saarlandes zu verankern sei.

Abschließend kommentiert Prof. Schönert die Podiumsdiskussion wie folgt:

- De facto stehen die Geistes- und Kulturwissenschaften sowohl innerhalb der Hochschulen und Universitäten wie auch in den bildungspolitischen Debatten im Abseits. Daher ist der Verlauf der Diskussion und die ausgetauschten Argumente verwunderlich, lassen sie doch den Eindruck entstehen, dass wenn nicht ein gewollter Ausbau, so dann zumindest eine Bestandsbewahrung dieser Wissenschaftsdisziplinen im Konsens zwischen allen Verantwortlichen besteht würde.
- Die Geistes- und Kulturwissenschaften selbst haben aber auch dafür Sorge zu tragen, dass ihre Leistungen in Forschung und Lehre wie auch ihr Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich wie auch verständlich wird.

Dr. Schlüter dankt zunächst allen Teilnehmern der öffentlichen Podiumsdiskussion für ihre Statements und eröffnet die Diskussion mit den im Plenum anwesenden Interessenten.

- Prof. Wahlster, Vorsitzender des Wissenschaftsforums Saar und Direktor des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz, weist darauf in, dass die Frage der Finanzierung der Geistes- und Kulturwissenschaften grundsätzlich zu klären ist. So ist festzuhalten, dass diese nur eine geringe Anzahl von Sonderforschungsbereichen vorweisen können und auch bei der Einwerbung von Drittmitteln eher zurückhaltend sind. Letztlich wären auch nur in einzelnen Fällen innovative Arbeits- und Denkmuster festzustellen.
- Staatsminister Nida-Rümelin erwidert auf die Anmerkungen von Prof. Wahlster, dass ein Transfer der Erwartungen und Verhaltensweisen der Informatik oder der Ingenieur- und Naturwissenschaften aufgrund der grundsätzlichen Unterschiedlichkeit dieser Wissenschaftsdisziplinen zu kurz gegriffen ist und sich auch nicht realisieren lässt.

- Marianne Granz, ehemalige Bildungsministerin des Saarlandes, merkt an, dass vor dem Hintergrund der Diskussion und der Sachlage eine Renaissance des Studiums Generale zu fordern ist. Dies wäre für alle Wissenschaftsdisziplinen in gleicher Weise hilfreich und würde der Qualifizierungsnotwendigkeit der Absolventen für den Arbeitsmarkt gerecht werden. Sie hält zugleich fest, dass die vorgesehene Einführung von Studiengebühren dieser Intention und den damit einhergehenden positiven Erwartungen zuwiderläuft und sich als kontraproduktiv erweisen wird.
- Wirtschaftsminister Georgi verweist auf die vorliegenden Ergebnisse der OECD-Studie, die zeigen, dass in allen führenden Industrienationen teilweise erhebliche private Finanzierungsanteile, insbesondere durch Studiengebühren, enthalten sind. Es sei jedoch erforderlich, dass einerseits die eingenommenen Studiengebühren den Universitäten und Hochschulen de facto auch wieder zugeführt und nicht zur Finanzierung anderer Probleme eines Landes herangezogen werden und andererseits die soziale Verträglichkeit von Studiengebühren gewährleistet ist.

Dr. Schlüter dankt abschließend allen Teilnehmern und den anwesenden Interessenten für die Diskussion und schließt die Veranstaltung.